

# **EU-ERWEITERUNG**

## **Österreich bleibt sicher**

***Sicherheitsexperten zogen bei einer Veranstaltung in Oberwart Bilanz: Durch die EU-Erweiterung habe es keine negativen Auswirkungen auf die Kriminalitätsslage in Österreich gegeben.***

Die Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004 habe mehr Sicherheit gebracht und Erleichterungen an den Grenzübergängen, sagte Innenminister Dr. Ernst Strasser bei der Veranstaltung "EU-Erweiterung – eine Bilanz nach vier Monaten" der Landesgruppe Burgenland des Kuratoriums Sicheres Österreich (KSÖ) am 10. September 2004 in Oberwart.

Der "doppelte Sicherheitsgurt" habe sich bewährt: Einerseits bleibe die Schengengrenze voraussichtlich noch bis Mitte 2007 an Österreichs Ostgrenze bestehen, andererseits sei die neue EU-Grenze bereits gut ausgebaut. "Wir unterstützen die Nachbarn auf ihrem Weg zur Schengenreife, aber derzeit brauchen wir die Schengengrenze noch", betonte der Minister.

In den Nachbarstaaten seien die Sicherheitsstandards wesentlich erhöht worden. Die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit sei besser geworden und durch die "One-Stop"-Kontrollen an den größeren Grenzübergängen gebe es Erleichterungen für die Reisenden. Der Minister verwies darauf, dass die Exekutive im Burgenland in den ersten acht Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vergleichszeitraum 2003 um 9,3 Prozent mehr Straftaten geklärt habe und dass die Aufklärungsquote um ein knappes Prozent gesteigert werden konnte. Trotzdem sei "Wachsamkeit gefordert. Die internationale Kriminalität agiert blitzschnell. Wir müssen darauf mit Wissen und modernsten Mitteln reagieren".

Für die nächste Erweiterung der Europäischen Union "müssen wir uns genau so gut vorbereiten", sagte Strasser. "Rumänien und Bulgarien müssen aber erst ihre Hausaufgaben machen"; einige Punkte seien noch offen. "Außerordentlich kritisch" sieht der Innenminister die Beitrittsbestrebungen der Türkei: "Nicht, weil es ein moslemisches Land ist, sondern weil die Türkei die Kriterien nicht erfüllt." Die Türkei sei weiterhin unter den zehn Nationen, aus denen die meisten Asylwerber nach Österreich kommen. "Wenn die Türkei ernsthaft Beitrittsgespräche führen will, dann ist es das Mindeste, dass es beispielsweise ein Rückübernahmeabkommen für illegal in Österreich aufhältige türkische Staatsbürger gibt", forderte Strasser.

Die EU-Erweiterung habe dem Burgenland neue Chancen gegeben und sei eine Herausforderung im Sicherheitsbereich, referierte Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl. Die Zahl der illegalen Grenzübertritte aus den neuen EU-Staaten sei stark gesunken; der Straßenverkehr werde weiter zunehmen. "Burgenland ist die einzige Region in Europa, die an drei Beitrittsländer grenzt", betonte Niessl.

Die Zusammenarbeit der burgenländischen Polizei und Gendarmerie mit den Kollegen in den Nachbarländern sei eng, berichtete Burgenlands Sicherheitsdirektor Mag. Erhard Aminger. "Wir haben die Möglichkeiten und nutzen sie." Es gebe regelmäßige Strategiebesprechungen und gemeinsame Ermittlungsgruppen. Bei Schwerpunktaktionen

seien die Kollegen der Nachbarstaaten einbezogen. Aminger: "Die Region ist ein kriminalgeografischer Raum, deshalb müssen wir auch intensiv zusammenarbeiten."

Die praktizierte "Abhaltestrategie" bei der illegalen Migration habe sich bewährt: Nähern sich Gruppen von illegalen Einwanderern der österreichischen Grenze, werden die Kollegen in der Slowakei oder in Ungarn verständigt. Diese halten die Migranten an, bevor sie nach Österreich gelangen und um Asyl ansuchen. Die Zahl der Aufgriffe von illegalen Einwanderern an der grünen Grenze des Burgenlands ist laut Aminger um über 40 Prozent von 2.617 (Jänner bis August 2003) auf 1.517 (Jänner bis August 2004) gesunken. "Sorge" bereitet dem Sicherheitsdirektor der steigende Anteil fremder Tatverdächtiger: "Die Zahl der Tatverdächtigen aus der Ukraine und Moldawien ist stark angestiegen."

Der "Faktor Sicherheit" sei im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung wesentlich, erwähnte Oberwärts Bürgermeister Gerhard Pongracz: "Die Chancen sind größer als das Risiko."

Die von Innenminister Strasser initiierten Sicherheitspartnerschaften habe die Polizei in der Slowakei "weit vorwärts gebracht" und die Sicherheit verbessert, erläuterte Dr. Pavel Slopovsky, Sicherheitsattaché an der slowakischen Botschaft in Wien. Der heuer abgeschlossene Staatsvertrag zwischen Österreich und der Slowakei biete besondere Möglichkeiten bei der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung, vor allem einen erweiterten Informationsaustausch, gemeinsame Sicherheitsanalysen, die grenzüberschreitende Observation, Nacheile und Fahndung, verdeckte Ermittlungen, gemeinsame Ermittlungsgruppen und den gemischten Streifendienst entlang der Grenze.

Die gute grenzüberschreitende Zusammenarbeit lobte auch Peter Marko, Präsident des ungarischen Komitats Vas. Die guten Kontakte der Polizei über die Grenzen hinweg brächten auch Vorteile beim Zivil- und Katastrophenschutz, berichtete Marko.

### **Kriminalitätskulminationspunkt erreicht**

Die EU-Erweiterung habe für die Sicherheitslage in Österreich keine Nachteile mit sich gebracht, sagte auch KSÖ-Präsident Mag. Michael Sika. Die internationale Vernetzung der Polizei habe sich nach der EU-Erweiterung verbessert. "Ich glaube, dass wir den Kulminationspunkt bei der Kriminalität heuer erreicht haben und ich prophezeie einen Rückgang für 2005", betonte Michael Sika.